

Neubrandenburger Zeitung

27.05.2017

Garagennutzer müssen sich entscheiden

Von Jörg Franze

NEUBRANDENBURG. Ist es die Ruhe vor dem Sturm? Im Streit um drastische Mieterhöhungen der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (Neuwoges) für drei Garagenkomplexe in der Viertorstadt läuft demnächst die Frist für die etwa 180 Nutzer der Autounterstände ab, sich zum neuen Angebot des Vermieters zu äußern. Bis Ende Mai, so heißt es in den Anschreiben an die Garagenmieter, müssten diese mitteilen, ob sie das Mietverhältnis weiterführen wollen, ab dem 1. Januar 2018 dann allerdings zu deutlich höheren Konditionen als bisher. Kamen die meisten Nutzer mit alten, zum Teil aus DDR-Zeiten stammenden Verträgen, bisher noch mit unter 100 Euro pro Jahr davon, müssen sie ab 1. Januar 33 Euro plus Mehrwertsteuer im Monat zahlen. Auf's Jahr gerechnet wären das rund 470 Euro.

„Die Reaktionen auf unsere Mietangebote sind und waren erwartungsgemäß verhalten“, gibt Neuwoges-Sprecher Matthias Trenn zu, dass sich noch längst nicht alle Garagennutzer zurückgemeldet haben. Deshalb habe sich das Unternehmen oh-

nehnen noch nicht äußern. „In Zukunft werden wir flächendeckend eine juristische Bereinigung der Altverträge in unserem Garagenbestand vornehmen.“ Dabei könne es je nach Standort zu unterschiedlichen Miethöhen kommen. Die Kosten würden sich beispielsweise nach der Lage, der Nachfrage, dem baulichen Zustand und der Intensität der Nutzung der Garagen richten.



Ein Garagenkomplex auf dem Neubrandenburger Datzberg: Die Neuwoges kündigt an, dass in der zweiten Jahreshälfte für weitere Standorte neue Mietverträge verschickt würden.

FOTO: THOMAS TÜRÜLMOW

nehin für eine relativ lange Annahmefrist entschieden. „Wir gehen davon aus, dass die von uns angeschriebenen Garagennutzer genau abwägen, ob sie unser Angebot annehmen werden“, weiß Trenn, dass sich mancher Mieter mit den hohen Kosten, die auf ihn zukommen, schwer tut. Bisher hätten allerdings nur zwei Nutzer den neuen Vertrag abgelehnt. Mit rund 15 Prozent der Angeschriebenen befinde man

sich noch in Gesprächen. Wer sich bisher gar nicht gemeldet habe, werde wahrscheinlich in der kommenden Woche noch einmal Post erhalten, so der Neuwoges-Sprecher. „Wir versenden an alle Nutzer, die bislang noch nicht reagiert haben, ein Erinnerungsschreiben mit der Aufforderung um Rückmeldung.“ Die neuen Vertragsangebote beinhalten allerdings auch für den Fall der Ablehnung eine vor-

sorgliche Kündigung des Vertrags zum 31. Dezember. Davon gehe das Unternehmen nicht ab, machte Matthias Trenn deutlich. „Der Nutzer muss die Garage dann nach Ablauf der Kündigungsfrist geräumt an die Neuwoges herausgeben.“ In den Monaten bis zum Endtermin sei man aber durchaus noch gesprächsbereit.

Die jetzt betroffenen drei Standorte werden aber nach Auskunft der Neuwoges nicht

die letzten Garagenkomplexe sein, an denen eine Anpassung der Mietverträge bevorstehe. „Die Erfahrungen aus den bisherigen Standorten fließen in unser weiteres Vorgehen und in unser Garagenentwicklungskonzept ein. Nach heutigem Stand ist geplant, in der zweiten Jahreshälfte weitere Änderungskündigungen zu versenden“, kündigt Matthias Trenn an. Zu den konkreten Standorten könne sich das Unter-

nehmen noch nicht äußern. „In Zukunft werden wir flächendeckend eine juristische Bereinigung der Altverträge in unserem Garagenbestand vornehmen.“ Dabei könne es je nach Standort zu unterschiedlichen Miethöhen kommen. Die Kosten würden sich beispielsweise nach der Lage, der Nachfrage, dem baulichen Zustand und der Intensität der Nutzung der Garagen richten.

Kein Rechtsanspruch auf ein Entgegenkommen

Der Deutsche Mieterbund Neubrandenburg hatte Garagennutzern empfohlen, im Fall sozialer Härten zumindest das Gespräch mit der Neuwoges zu suchen. Zwar gebe es keinen Rechtsanspruch auf ein Entgegenkommen, das Unternehmen hatte aber signalisiert, Fälle einzeln prüfen zu wollen. Das gelte auch für mögliche Entschädigungsansprüche, falls Nutzer den neuen Vertrag nicht annehmen. „Hier sind aber angesichts der Vielzahl der Vertragskonstellationen die Erfolgsaussichten sehr unterschiedlich“, schätzte Mieterbund-Chef Jochen Lansky ein.

Kontakt zum Autor
j.franze@nordkurier.de